18.09.2018

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Den gesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg nicht gefährden - Die Landesregierung muss sich für ein Rodungsmoratorium im Hambacher Wald einsetzen“ (Drucksache 17/3524)

Verlässlich bleiben - Rechtsstaatliche Prinzipien garantieren - Gewalt im Hambacher Forst verurteilen

I. Ausgangslage

Im Juli 2016 veröffentlichte die Landesregierung von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen die „Neue Leitentscheidung zur Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviers / Garzweiler II“. Der Entscheidungssatz 1 der Leitentscheidung lautet: „Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert und der Tagebau Garzweiler II wird so verkleinert, dass die Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof nicht umgesiedelt werden.“ Auf der Grundlage der Leitentscheidung und der Genehmigung des Braunkohleplans wurde von SPD und Grünen die Entscheidung getroffen, den Tagebau Hambach unverändert fortzuführen.

Dem bergbautreibenden Unternehmen RWE liegt die Genehmigung vor, die im Tagebau Hambach erforderlichen Arbeiten vorzunehmen. Diese wurde zwischenzeitlich mehrfach gerichtlich bestätigt. Noch anhängig ist ein Eilverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster. Bis zu dieser Entscheidung hat das Unternehmen eine Stillhaltezusage gegeben und wird Rodungen vorher nicht vornehmen.

II. Herausforderung

In einem Rechtsstaat müssen verbindlich getroffene und gerichtlich überprüfte Beschlüsse akzeptiert werden. Für jede Bürgerin und jeden Bürger genauso wie für Unternehmen muss diese Verlässlichkeit gegeben sein. Auf ihr gründet das Vertrauen in den Rechtsstaat und in

Datum des Originals: 18.09.2018/Ausgegeben: 18.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

die Politik. Die Versuche von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Bundesumweltministerin, sich nun aus der Verantwortung zu stehlen, werden dem Anspruch an die Verlässlichkeit politischen Handelns nicht gerecht. Als Wissenschaftsministerin war die heutige Bundesumweltministerin damals Teil des nordrhein-westfälischen Kabinetts, die Grünen waren Teil der Regierungskoalition. Mit dieser unredlichen und unbeständigen politischen Haltung gefährden sie nun die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit politischer Entscheidungen.

Das Vorhaben der Grünen, ihren Landesparteirat am 7. Oktober in den Hambacher Forst zu verlegen, ist eine weitere bewusste Eskalation der Situation. Damit werden die Grünen ihren eigenen Ansprüchen, die sie an RWE richten, nicht gerecht – denn vom Unternehmen wird ein Beitrag zur Deeskalation eines gesellschaftlichen Konfliktes gefordert.

Die Leitentscheidung wurde von Rot-Grün im Jahr 2016 im Bewusstsein getroffen, dass die Energieversorgungssicherheit elementar für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen ist. Allein die vom Tagebau Hambach versorgten Kraftwerke decken 15 Prozent des Strombedarfs in unserem Land. Nach gut zwei Jahren hat sich daran nichts geändert. Heute zeigen Untersuchungen sogar eine verschärfte Versorgungssicherheitssituation.

Die Kommission auf Bundesebene „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat den Auftrag, Perspektiven für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen im Braunkohletagebau sowie für eine verlässliche und zukunftsfähige Energieversorgung zu entwickeln. Dazu gehört auch die Frage des Ausstiegszeitpunkts aus der Kohleverstromung, der sich nicht alleine an Klimaschutzabwägungen ausrichten darf, sondern ebenfalls die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Strom zu berücksichtigen hat. Die Frage aktueller und konkreter Abbaugenehmigungen gehört nicht zu den Befassungsgegenständen der Kommission und steht damit in keinem sachlichen Zusammenhang zum Hambacher Forst. Das haben die Vorsitzenden der Kommission im August unmissverständlich klar gemacht. Die mit Ausstiegsdrohungen einzelner Mitglieder der Strukturwandelkommission verbundene Forderung nach einem „Rodungsmoratorium“ ist deshalb nicht sachgerecht und wird dem Auftrag der Kommission, ergebnisoffen, im konstruktiven Diskurs und mit dem Ziel eines gesellschaftlichen Konsenses zu beraten, nicht gerecht.

In der demokratischen Gesellschaft gehören friedliche Formen des Protests zur politischen Kultur und werden durch das Grundgesetz vollumfänglich garantiert. Genauso selbstverständlich darf Gewalt aber niemals ein Mittel politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein. Es gilt, sich klar von Aufrufen zur Gewalt, der Tolerierung oder Unterstützung von Gewaltanwendung zu distanzieren. Neben vielen friedlichen Demonstrationen wird der Protest rund um den Hambacher Forst durch eine besorgniserregende Anhäufung von Gewalttaten geprägt: Es kommt zu Angriffen auf Beschäftigte des Tagebaus, auf Rettungskräfte sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Dabei gewährleisten die Einsatzkräfte lediglich, dass Rechtspositionen in Anspruch genommen werden können – ein elementares rechtsstaatliches Prinzip. Die NRW-Koalition steht hinter den Rettungskräften, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Vielen Waldbesetzern geht es offenbar nicht um den Schutz der Bäume oder des Klimas, sondern um den Kampf gegen den Staat und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. So ist in einer Pressemitteilung der Waldbesetzer von „Ende Gelände“ zu lesen: „Wir verteidigen den Wald gegen RWE und Innenminister Reul. In den Bäumen kämpfen wir für Klimagerechtigkeit und gegen den Kapitalismus. Es wird kein Leichtes, uns aus dem Wald zu kriegen.“ Die NRW-Koalition verurteilt diese Gewalt auf das Schärfste und ruft alle Akteure auf,

sich von Gewalt und von Gewalt als Mittel einsetzenden Gruppen deutlich und klar zu distanzieren.

III. Beschlussfassung

1.

Der Landtag stellt fest:

- Mit der Leitentscheidung zur Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviere hat die rot-grüne Landesregierung 2016 beschlossen, den Tagebau Hambach unverändert fortzuführen.
- Das bergbautreibende Unternehmen RWE besitzt (vorbehaltlich des noch anhängigen Verfahrens vor dem OVG Münster) die Genehmigung zur Rodung. Das Unternehmen muss sich auf die Geltung des Rechts verlassen können.
- Politik muss für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen verlässlich sein. Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut, das nicht mutwillig beschädigt werden darf.
- Die Beschäftigten im Tagebau Hambach, die mit Blick auf die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze als auch hinsichtlich der verbalen und körperlichen Gewalt aus den Reihen des Protests in besonderem Maße Leidtragende der Auseinandersetzung sind, verdienen ein klares Bekenntnis zur Unterstützung durch die Landespolitik.
- Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat den Auftrag, Wege zu einer bezahlbaren, klimaschonenden, verlässlichen und zukunftsfähigen Energieversorgung aufzuzeigen und Perspektiven für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen zu entwickeln. Aufgabe ist nicht die Beschäftigung mit einzelnen konkreten Abbaugenehmigungen.

2.

Der Landtag verurteilt die Gewalttaten im Hambacher Forst und fordert, dass Proteste gewaltfrei ausgeübt werden und sich die im Protest vereinten Gruppen von ausgeübter Gewalt klar und deutlich distanzieren.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Gregor Golland
Josef Hovenjürgen
Henning Rehbaum
Dr. Christos Katzidis
Dr. Patricia Peill
Romina Plonsker

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Dietmar Brockes
Marc Lürbke
Ralph Bombis
Jörn Freynick

und Fraktion